



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
20. September 1950

P/V/219

Hinweise auf den Inhalt:

Severing zum Sozialistengesetz	S.1
Die "Linie" des Kreml	S.2a
Ein asiatisches München?	S.3
BHE gegen Haussleiter	S.4
KP-Zeitungsersatz	S.6

Sieg der Idee

Von Carl Severing

sp. Am 1. Oktober 1950 jährt sich zum sechzigsten Mal der Tag, da Bismarcks Sozialistengesetz fiel.

Als am 21. Oktober 1878 das von Bismarck geforderte Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in Kraft gesetzt wurde, glaubten seine Väter, damit der Sozialdemokratischen Partei einen tödlichen Schlag versetzt zu haben. Und in der Tat: 42 politische und 14 gewerkschaftliche Zeitungen, eine sehr grosse Zahl von Vereinen politischen und gewerkschaftlichen Charakters verfielen dem Verbot und der Auflösung. Innerhalb weniger Tage war die ganze Organisation der Partei vernichtet und alle ihre bekannten Vertrauensmänner aus ihren Arbeitsstellen vertrieben, viele von ihnen gerichtlich verfolgt und ausgewiesen. Jede selbständige Bewegung irgend welcher Arbeitergruppen, wenn auch nur auf beruflichem Gebiet, wurde den "gemeingefährlichen Bestrebungen" der Sozialdemokratie gleichgesetzt und darum unterdrückt. "Hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution" war die Meinung des preussischen Polizeiministers, der sich darum verpflichtet fühlte, nicht erst einen Streik, das Haupt der "Hydra", aufkommen zu lassen. Gewisse sind in den späteren Jahren in der Handhabung des Gesetzes einige Milderungen eingetreten, und selbst Fürst Bismarck bequeme sich einmal zu der Anerkennung, dass man mit der polizeilichen Unterdrückung der Sozialdemokratischen Partei die soziale Frage allein nicht lösen könne. Sein Wort, an die Adresse der Reichstagsparteien gerichtet: "Jawohl, meine Herren, gäbe es keine Sozialdemokraten und keine Menschen, die

sich vor der Sozialdemokratie fürchteten, dann gäbe es auch keine Sozialreform!" war sogar ein sanfter Druck auf die rückschrittlichsten Parteien, um sie für die ersten sozialpolitischen Gesetze geneigt zu machen. Aber grundsätzlich blieben alle Möglichkeiten der brutalsten Unterdrückung, selbst die heftig umstrittene Ausweisungsbefugnis der Polizei aufrecht erhalten.

Dennoch! Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen, trotz Verfolgung und Ächtung, trotz Gefängnis und Ausweisung haben die Väter des Ausnahmegesetzes ihr Ziel nicht erreicht. Ihre Rechnung hatte ein Loch: Sie hatten das freie und geheime Wahlrecht vergessen, das den Massen die Möglichkeit beließ, Sozialdemokraten in den Reichstag zu entsenden. Die Wahlen der Jahre 1884 und 1887 waren leuchtende Fanale, die auch ihren grimmigsten Gegnern zum Bewusstsein brachten, dass man mit Ausnahmegesetzen eine Bewegung zwar für eine Weile hemmen, aber ihren Geist nicht töten kann. Koch war das Sozialistengesetz in Kraft, als bei den Februarwahlen des Jahres 1890 nahezu 1 1/2 Millionen Stimmen für die Kandidaten der verfeimten Partei abgegeben wurden. Die mutigen Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag erfüllten auch die Parteifreunde im Lande mit der Hoffnung, dass einmal auch der Tag der Freiheit wiederkommen würde. Und zwölf Tage nach dem Fall des Gesetzes sah die deutsche Öffentlichkeit die höchste Vertretungskörperschaft der Partei in Halle an der Saale versammelt! Das war ein Zeichen unverwüster Lebens- und Kampfkraft!

Auch nach den zwölf Ausnahmejahren der Hitler-Diktatur, die viel grausamer und radikaler war als das Bismarcksche Ausnahmegesetz, wäre die Sozialdemokratische Partei imstande gewesen, sofort wieder auf den Plan zu treten, wenn nicht die Bestimmungen der Besatzungsmächte sie daran gehindert hätten. Auch die Hitler-Despotie hat es nicht vermocht, die Ideen des demokratischen Sozialismus zu töten, obgleich es in der Hitlerzeit kein Parlament mit einer Tribüne der freien Meinungsäußerung gab. Aber sonst ist es sehr problematisch, Vergleiche zwischen 1890 und 1945 zu ziehen. Das Ende des Sozialistengesetzes sprengte nicht nur Fesseln, sondern gab der gesamten Arbeiterbewegung einen geradezu ungestümen Auftrieb. Viele selbst der nüchternsten Vorkämpfer der Partei glaubten fest an den baldigen "Kladderadatsch", d.h. an den Zusammenbruch der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das gab der gesamten Bewegung einen Elan, der ihren schnellen Aufstieg förderte.

Anders war es nach 1945. Rein äusserlich schleppte die Partei die

retardierenden Vorschriften der Besatzungsmächte für das Vereins- und Versammlungsleben wie eine schwere Kugel am Bein mit sich herum. Schwerer wog noch das andere: In zwei Weltkriegen war das Vertrauen der sozialistischen Arbeiterschaft in die internationale Solidarität arg ins Wanken geraten. Und wenn auf der anderen Seite die Partei auch inzwischen verwirklicht hatte, was dem Pariser Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongress als ein wichtiges Kampfziel der Arbeiter vorschwebte, nämlich den Achtstundentag, so war es doch sehr viel schwerer, den alten Kampfgeist wieder bis zu dem Grad zu beleben, der die sozialdemokratische Arbeiterschaft nach dem Fall des Sozialistengesetzes durchglühte. Doch weil es schwerer war und heute noch ist, muss es auch jetzt wieder geschafft werden. Die Sozialdemokratie ist von ihrer weltgeschichtlichen Mission noch nicht entbunden, sie ist im Gegenteil jetzt unmittelbar vor die Lösung der praktischen Aufgaben dieser Mission gestellt. Zeigen wir der Welt und zweifelnden Freunden, dass wir uns dessen bewusst sind, und nehmen wir unseren Kampf für die Erfüllung unserer Sendung mit der gleichen Parole auf, mit der Bebel auf dem Parteitag in Halle die neue Kampfphase der Partei einleitete: "Vorwärts! Vorwärts! Und immer vorwärts!"

- - - -

Die Schaukel

RAP. Eine gewisse "politische" Journalistik ergeht sich gelegentlich in Spekulationen über die "zwei Parteien" im Moskauer Politbüro. Die aggressive dieser beiden Parteien, die in der Mehrzahl sein und zu der Stalin nicht gehören soll, habe seinerzeit die Berliner Blockade und jetzt den Korea-Konflikt verschuldet.

Wahrscheinlich wird auch im Politbüro diskutiert, aber die Spekulationen über das Vorhandensein von zwei Parteien grundsätzlich verschiedener Meinung hilft nur zur Vernebelung der Ziele russischer Politik. Was Stalins Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu der einen oder anderen der imaginären Parteien angeht, so ist diese Frage bereits im nachstehend wiedererzählten jiddischen Witz geklärt worden:

Während eines Balkankrieges geraten zwei Freunde in die Kampflinie und flüchten auf einen Baum. Plötzlich schreit der eine "Hurra, die Unserigen siegen!" "Wieso die Unseren?", fragt der andere, "welches sind die Unserigen?" "Nu, die siegen", antwortete der erste.

Die Spekulationen von den beiden Parteien, wovon die eine einmal im Westen und ein anderes Mal im Osten loszuschlagen will, verraten nur die Unkenntnis der Spekulanten gegenüber russischer Geschichte und russischer Politik. Zarismus wie Bolschewismus nutzten und nutzen die Lage Russlands sowie dessen Ausgedehtheit über zwei Kontinente zu einer Politik der Schaukel, zur gelegentlichen Verlagerung des politischen Interesses einmal nach Europa, Ostsee oder Schwarzmeer-Dardanellen, zum anderen Mal nach Asien, China, Korea oder Tibet-Indien oder Persien-Indien. Dieses durch die geographische Lage ermöglichte Schaukelspiel gibt wohl die Chance gelegentlicher mehr oder weniger Überraschungserfolge; der Beschauer darf aber nie den eigentlichen Schwerpunkt der russischen Politik übersehen, der jeweils durch das Gesamtfeld der Kräfte in der Weltpolitik bestimmt wird. Nach zwei Weltkriegen mit Deutschland, in denen dieses immer nur mit Hilfe anderer Mächte besiegt werden konnte, liegt der Schwerpunkt der russischen Politik bestimmt nicht im Osten.

Ein asiatisches München?

f. Die republikanische Opposition hat als Losung für die amerikanischen Novemberwahlen den Kampf gegen die Asienpolitik der Regierung ausgegeben. Es ist kein Zweifel möglich, dass nach den Ereignissen in Korea eine solche Parole populär ist.

Da amerikanische Wahlkämpfe mit gröberen und primitiveren Mitteln durchgeführt werden als in anderen Demokratien, darf man sich darauf gefasst machen, dass die republikanischen Argumente auf die simple Behauptung reduziert werden können, irgend welche hohe Regierungsstellen hätten versagt. Die Versager sind schon genannt. Es sind Acheson und Johnson. Truman hat zwar vor wenigen Wochen erklärt, er werde beide behalten, solange er Präsident sei, aber er hat dennoch Johnson in die Wüste geschickt.

Bei der oft bewiesenen Loyalität des Präsidenten gegenüber Männern seiner Wahl, die von politischen Gegnern angegriffen werden, ist dieser Schritt so ungewöhnlich, dass er nicht einfach damit erklärt werden kann, Truman habe einen Minister los werden wollen, der für den kommenden Wahlkampf der Opposition ein allzu leichtes Spiel ermöglicht. Das hat gewiss auch eine Rolle gespielt, aber es dürfte nicht das entscheidende Moment gewesen sein. Auch auf die Wahl seines Nachfolgers trifft dies zu. Zwar kam es Truman sicher darauf an, der Opposition den Angriff sehr schwer zu machen, aber darüber hinaus ging es um etwas, das mit dem Wechsel im Pentagon gar nichts oder zumindest nicht mehr viel zu tun hat.

Mit aller Vorsicht, die bei der Nähe der Wahlen geboten ist, geht Truman daran, in der Asien-Politik zu der Linie zurückzukehren, die er mit seiner Intervention in Formosa verlassen hat. Schon in seinen und Achesons letzten Reden war die Schonung der Regierung des kommunistischen Chinas unverkennbar. Der Aufmarsch beträchtlicher Streitkräfte der chinesischen Roten Armee an der nordkoreanischen Grenze, der bei der zahlenmässigen militärischen Stärke Chinas keine Verminderung der für Formosa bereitgestellten Truppen bedingte, hat in Washington eine fühlbare Nervosität ausgelöst. Die amerikanische Regierung ist sich vollkommen klar darüber, was ein chinesisches Eingreifen auf dem koreanischen Kriegsschauplatz bedeuten würde. Die Vorstellungen der englischen und indischer Regierungen haben angesichts solcher Bedrohung ihren Eindruck auf Truman nicht verfehlt. Hinzu kam, dass der Präsident nur halben Herzens nach Ausbruch des koreanischen Krieges dem Drängen der republikanischen

Opposition nach Schutz für Formosa nachgegeben und damit die Freigabe Tschiang-Kai-Scheke widerrufen hatte.

So sehr auch für jeden Staatsmann die Abschätzung der Möglichkeiten seines Landes das oberste Gesetz bleiben muss, ein Zurückstecken also ein Gebot der Vernunft sein muss, wenn sich klar abzeichnet, dass eine geplante Politik die gegebenen Mittel überschreitet, handelt es sich bei dem vorsichtigen Vorgehen Trumans doch um etwas anderes. Eine militärische, zudem noch aussichtslose Auseinandersetzung mit China könnte nur die Geschäfte des Kremls in Asien besorgen. Das kann weder im Interesse Amerikas, noch dem der westlichen und der nichtkommunistischen asiatischen Welt liegen. Truman und Acheson wollen daher eine Richtung einschlagen, die sie dem englischen und indischen Standpunkt wesentlich näher bringen wird als bisher. Schon hat die republikanische Opposition das Geschrei vom asiatischen München erhoben. Das ist so töricht, dass es sich nicht lohnt, darauf einzugehen. Die amerikanische Regierung, die seit 1945 vor der schwerwiegenden Frage Europa oder Asien steht, ist endgültig zu der Überzeugung gelangt, dass die Entscheidung in Europa fallen wird. Daher die Ernennung Marshalls, denn er ist der Mann, der als Soldat wie als Staatsmann sich stets in dieser Frage für Europa entschieden hat.

Der koreanische Krieg bleibt davon unberührt, und Asien wird nicht preisgegeben. In Korea muss bis zum Sieg der westlichen Sache gekämpft werden, aber Asien kann mit militärischen Mitteln nicht vor dem Kommunismus bewahrt werden. Daran ist heute kein Zweifel mehr möglich. Nehru hat vorausgesagt, dass der Tag nicht fern sei, an dem die westliche Welt zu dieser Erkenntnis komme. Der Tag ist angebrochen.

- - - -

BHE Bayern geht nicht mit Haussleiter

M.R. München, im September

Die Frage, ob in Bayern die im BHE zusammengeschlossenen Flüchtlingsgruppen die betont nationalistische "Deutsche Gemeinschaft" von August Haussleiter übernehmen, ist negativ für Haussleiter entschieden worden. Haussleiter hatte beträchtlich viel Regie und Propaganda aufgewendet, um seine "Deutsche Gemeinschaft" mit dem BHE zu fusionieren oder wenigstens als erste Stufe ein enges Wahlbündnis für die kommenden Landtagswahlen abzuschliessen, wie dies in Württemberg-Baden und in Hessen bereits erfolgt ist. Er ist trotzdem von den Flüchtlingsgruppen abgelehnt

worden. Dagegen einigten sich die zwei bisher in Bayern bestehenden "Blöcke der Heimatvertriebenen und Entrechteten" und bildeten ein siebenköpfiges vorläufiges Direktorium. Dieser nunmehr gebildete BHE, Richtung Waldemar Kraft, stützt sich im wesentlichen auf den früheren "Neubürgerbund". Seit dem erzwungenen Ausscheiden von Günther Goetzendorff, dem Gründer des "Neubürgerbundes", sind neue, meist unbekannte Personen in den Vordergrund gerückt. Neben dem Bundestagsabgeordneten Hans Tichi dürfte insbesondere der 45-jährige frühere Ordinarius für osteuropäische Wirtschaft an den Universitäten Königsberg und Prag, Prof. Dr. Theodor Oberländer, der führende Mann im BHE in Bayern werden.

Mit der Begründung, dass der BHE eine reine Interessenvertretung der Flüchtlinge ohne weltanschauliche Bindung sein wolle, lehnten die Delegierten des BHE die Zusammenarbeit mit der "Deutschen Gemeinschaft" ab. Man kommt der Sache wahrscheinlich erheblich näher, wenn man annimmt, dass der Prioritätsanspruch in der Führung der wirkliche Grund für die Absage an Haussleiter gewesen ist, denn ideologisch gehören diese beiden Gruppen durchaus zusammen. Für Haussleiter und die von ihm inspirierte "Deutsche Gemeinschaft" bedeutet dies eine empfindliche Niederlage und es ist nun sehr fraglich geworden, ob die "Deutsche Gemeinschaft", die in der kommenden Landtagswahl allein auf sich angewiesen ist, die Zehnprozent-Klausel überspringen kann, um in den Bayerischen Landtag einzuziehen. Ein weiteres Ergebnis der nicht zustande gekommenen Einigung dürfte sein, dass Haussleiter nunmehr noch klarer in das nationalistische Fahrwasser gedrängt wird.

Obwohl der BHE überall dort, wo es ihm möglich ist, eigene Kandidaten aufstellen will, dürfte doch recht interessant sein, dass Prof. Oberländer mit der CSU und der "Königspartei" Verhandlungen über die Aufstellung von gemeinsamen Kandidaten im Rahmen eines Wahlblocks geführt hat. Dr. Oberländer soll für die gemeinsamen Wahlvorbereitungen ein Geldangebot von gewissen, der Regierungspartei nahestehenden Gruppen erhalten haben. Das lässt vermuten, dass der BHE nach der Wahl ähnlich wie in Schleswig-Holstein die bürgerliche Front, in diesem Fall die CSU, unterstützen wird.

Ersatz für verbotene KP-Zeitungen

sp. Das Verbot von 16 KP-Zeitungen im Bundesgebiet war ein schwerer Schlag gegen die Agitationstätigkeit dieser Partei. Bestrebungen, diese Scharte auszuweiten, sind im Gange. Wie dies gemacht werden soll, zeigt ein "Merkblatt über die Aufgaben der Partei nach dem Verbot unserer Presseorgane", das in Duisburg an die betreffenden Funktionäre verteilt wurde. "Das Kreissekretariat stellt den Orts-, Betriebs- und Wohngebietsgruppen folgende Aufgaben", heisst es darin u.a. Die Aufgaben sind in drei Gebiete eingeteilt: a) Aufrechterhaltung des Kontakts zu den bisherigen Abonnenten der KP-Zeitung, b) trotz Verbot Werbung von neuen Abonnenten für den Tag des Wiedererscheinens des Blattes und c) Aufbau eines Informationsdienstes, der vom Parteivorstand bis in die "Wohngebietsgruppen" reicht.

Zu a) wird von "Grundeinheiten unserer Partei" gesprochen, die von einem "verantwortlichen Genossen" zu betreuen sind. Mit Hilfe eines "Kreises von Genossen" muss jeder Abonnent mindestens einmal in der Woche aufgesucht und informiert werden. Mindestens alle 14 Tage müssen in den Grundeinheiten "Leseversammlungen" organisiert werden, "auf denen qualifizierte Genossen informatorische Referate über die Lage halten oder Diskussionen darüber entwickeln".

Am interessantesten ist Punkt c) "Entwicklung eines Informationsdienstes". Dort heisst es unter Ziffer 2: "Anhand des den Ortsgruppen zugehenden Informationsdienstes des Kreissekretariats und aufgrund konkreter örtlicher Vorkommnisse sind in den Betriebs- und Wohngebietsgruppen (wo nicht möglich, zumindest in den Ortsgruppen) abgezogene Betriebs- und Wohngebietsgruppen-Zeitungen herauszugeben. Es ist der Initiative jeder Grundeinheit und den Grundeinheiten selbst zu überlassen, wie oft. Das Kreissekretariat aber stellt die Aufgabe, mindestens 14-täglich ein derartiges Informationsblatt herauszugeben".

Ziffer 3: "Im Zusammenhang mit der Herstellung dieser abgezogenen Informationsblätter ist besonders der Entwicklung von Volkskorrespondenten grösstes Augenmerk zu widmen, die bei späterem Erscheinen unserer Presse ein wertvolles Bindeglied zur Bevölkerung darstellen...".